



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/235 - 16.10.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 890

Die Rentner und die Koalition	S. 1
Europadämmerung in England	S. 3
In Rheinland-Pfalz: Toleranz unbekannt	S. 5

Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes

## Sozialpolitisches Versagen

F.B. In Bonn standen in dieser Woche endlich einmal nicht die 12 Divisionen im Vordergrund des Geschehens. Die so arg vernachlässigte Sozialpolitik hatte den Vorrang, aber - leider wurde diese Woche zu einem sozialpolitischen Versagen ersten Ranges. Bundesregierung und die grösste Koalitionspartei, die CDU/CSU haben verdeutlicht, dass das "C"="Christlich" - im Sinne des "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" - und das "S"="Sozial" Attribute sind, die höchstens noch ein fadenscheiniges Tarnmäntelchen abgeben können.

Es ist nicht erforderlich, noch einmal das verunglückte Kinderbeihilfengesetz besonders zu charakterisieren, das die arme Wäscherin und den Rentner von der Kinderbeihilfe ausschliesst und dem Generaldirektor DM 25.-- monatlich für das dritte Kind nachwirft. Die Öffentlichkeit hat ihr Urteil über dieses schlechteste Kinderbeihilfengesetz Europas bereits gefällt.

Weitgehende Unklarheiten aber bestehen noch über das sogenannte Rentnereinkommensteuergesetz, an das über 6 Millionen Rentner ihre Hoffnungen knüpfen. Sie werden am 1. Dezember, wenn das Gesetz in Kraft tritt, weil alle Anträge der SPD abgelehnt wurden, bitterlich enttäuscht sein:

1. weil über 1 Million Waisenrenten keinen Pfennig Zulage erhalten werden,

2. weil etwa 700.000 Alte, Invaliden und Witwen am Zahltag mit nur 1.- oder 2.- DM mehr nach Hause gehen müssen,
3. weil diese Rentenzulagen auf alle anderen Sozialleistungen angerechnet werden, d.h., den Kriegsbeschädigten oder Kriegshinterbliebenen zum Beispiel wird bei der Ausgleichsrente zur Kriegsopferversorgung das abgezogen, was sie an Angestellten- oder Invalidenrenten erhalten.

Zynischer kann man mit diesen armen Menschen nicht mehr verfahren. Ebenso schlecht entwickeln sich die Debatten um die Erhöhung der Grundrenten in der Kriegsopferversorgung. Das Gesetz ist zwar erst in erster Lesung behandelt und an den Ausschuss überwiesen worden, die Äußerungen der Bundesregierung und der Koalitionsparteien haben aber deutlich gezeigt, dass man nicht bereit ist, in diesem Haushaltsjahr, d.h. bis zum 1. April 1955, einen Pfennig mehr zu zahlen. Die stereotype Begründung, dass dafür kein Geld vorhanden ist, steht in einem horrenden Widerspruch zu dem Beschluss der Koalitionsparteien, Zuwendungen an Parteien für steuerlich abzugsfähig zu erklären und so auf Millionen Steuergelder zu verzichten.

Nicht viel besser steht es mit den Winter- bzw. Weihnachtsbeihilfen. Nicht nur, dass man die sozialdemokratischen Anträge, die DM 50.-- vorsehen, generell als zu hoch bezeichnet hat, obwohl das das mindeste wäre - im gleichen Atemzug, in dem sich die Koalitionsparteien für völlig unzureichende DM 25.-- ausgesprochen haben, sind die Anweisungen des Bundesfinanzministers bekannt geworden, sich auf DM 20.-- einzustellen. Also noch weniger als im Vorjahre.

Es wäre geradezu bitterer Hohn, diese Regierung und ihre Parteien an die Versprechungen vor dem 5. September zu erinnern. Über ein Jahr haben sie die Sozialpolitik total vergessen und jetzt, nachdem die Zustände es nicht mehr gestatten, diese wichtigen Fragen weiter zu vertagen, zeichnet sich ein Ergebnis ab, das geradezu katastrophal ist.

### Europadämmerung in England

E.A.London

Mr. Eden hat Sir Winston Churchill dazu überredet, einen geheiligten Grundsatz seiner Aussenpolitik aufzugeben: Grossbritannien hat eine Verpflichtung übernommen, die von den Vereinigten Staaten weder geteilt noch mit unterschrieben wurde. Das geht gegen jenes Prinzip der Churchill'schen Aussenpolitik, das er seit 1940 aufrechterhalten hatte. In diesem Stellungswechsel der britischen Politik liegt ein Risiko, dessen Übernahme nicht ohne weiteres einleuchtet. Wie reagieren die Engländer auf Eden's historisches Angebot an Europa? Der Mann auf der Strasse, wie man hier den kleinen Durchschnittsbürger nennt, hat bisher weder die volle Bedeutung noch die einschneidenden Folgen der britischen Verpflichtung begriffen.

Am Tage nach der Konferenz war ich Zeuge in einem Pub (Schenke) der folgenden Argumente: "Die Deutschen sind jetzt unsere Alliierten", sagte einer. Als er an eine Frage auf mich hörte, dass ich Deutscher sei, schlug er mir auf die Schulter und bestand darauf, einen Doppelgin und ein Glas Bier zu bezahlen. Nach seiner Meinung waren die grössten Deutschen - Karl Marx - und Dr. Adenauer, der eine, weil er die englische "Revolution" mit bewerkstelligt hätte, der andere, weil er nun die Deutschen und Engländer zusammen gebracht habe. Das Gegenargument war, dass infolge Eden's Verpflichtung die zweijährige Dienstzeit, die durchaus unbeliebt ist, nun eine Dauereinrichtung werden müsse.

Die Unmöglichkeit, die Dienstpflicht herabzusetzen, war auch das erste, was von den Gegnern der deutschen Wiederbewaffnung ins Feld geführt wurde. Die Londoner Akte bedeutet doch, dass die Ersparnisse an Streitkräften, die man durch den Abzug aus der Suezkanalzone, durch die Regelung des Triestkonfliktes und durch andere Verringerungen von Überseeverpflichtungen zu machen hoffte, mehr als aufgewogen werden. Wenn drei der existierenden vier englischen Panzerdivisionen, dazu eine vierte Division und eine taktische Luftflotte dauernd in Westdeutschland stationiert werden, wird es so gut wie unmöglich sein, die zweijährige Dienstzeit zu reduzieren.

Dazu kommt die finanzielle Belastung. Bisher zahlt die Bundesrepublik rund 200 Millionen Pfund für den Unterhalt der britischen Truppen auf ihrem Gebiet. Wenn die deutsche Souveränität de facto und de jure hergestellt sein wird und die Bundesrepublik ihre eigenen Streitkräfte aufstellt, dann wird der britische Steuerzahler den vollen Unterhalt der

15.10.1954

englischen Truppen in Westdeutschland aus seiner eigenen Tasche aufbringen müssen. Schatzkanzler Butler hat auf dem konservativen Parteitag in Blackpool vorsichtig angedeutet, dass Steuersenkungen, das Steckpferd der konservativen Wähler, erst möglich sein werden, wenn man die Kosten der neuen aussenpolitischen Verpflichtungen voll übersehen könne. Bevor Eden seine feierliche Verpflichtung an Europa übernahm, konnte die britische Regierung immer noch argumentieren, dass, falls die finanzielle Belastung zu gross würde, die Stärke der Truppen in der Bundesrepublik reduziert werden müsse. Das Argument wird nun nicht mehr ziehen. Die vielverbreitete Hoffnung, dass man die eigenen Wehrausgaben vermindern könne indem man die Deutschen in Uniform steckt, hat sich als trügerisch erwiesen. So ist der Preis, den Eden nach der Meinung des Abgeordneten Richard Crossman für die französische Zustimmung zur deutschen Aufrüstung zahlen will, zu hoch. Er sprach vor wenigen Tagen in Birmingham die Hoffnung aus, dass die Mehrheit der sozialistischen Parlamentsfraktion sich den Argumenten der deutschen Sozialdemokraten anschliessen und das Neun-Mächteabkommen von London ablehnen werde. Aber ob eine solche Mehrheit zustande kommen wird, ist noch durchaus fraglich.

In der kommenden aussenpolitischen Debatte dürfte auch das Problem aufgegriffen werden, von dem bisher wenig die Rede ist: die Aufgabe eines Teils der britischen Souveränität, zu der sich Eden in der Londoner Akte bequemt hat, die aber bisher von allen Parteirichtungen als ein Hauptargument dagegen angeführt wurde, warum Grossbritannien der EVG nicht beitreten konnte. Grossbritannien verliert nicht nur das alleinige Verfügungsrecht über die vier Divisionen in Deutschland. Es verliert zugleich die Möglichkeit, zwischen einer Inselstrategie und einer Festlandstrategie den Umständen entsprechend zu wählen. Die Grenze, die es nun verpflichtet ist zu verteidigen, liegt unahänderlich an der Elbe, nicht mehr am Rhein oder am Kanal. In gewissem Sinne hat es auch seine aussenpolitische Aktionsfreiheit verloren. Denn, wenn die Bundesrepublik erst einmal Mitglied des Brüsselerpaktes und der NATO ist, kann Bonn Verhandlungen mit den Russen verhindern, die ihm und dem amerikanischen State-Department unangelegen erscheinen.

+ + +

16.10.1954

Wegen "Nichtbeachtung der katholischen Ehevorschriften" abgelehnt

K.H.Mainz

In Rheinland-Pfalz stehen die Beratungen zu einem Volksschulgesetz ziemlich vor dem Abschluss. Lehrgewerkschaft und andere fortschrittliche Kreise bemühen sich noch zusammen mit der SPD, von ihren Hoffnungen auf Sicherung der Toleranz und auf eine Reihe gemeinschaftsfördernder Bestimmungen zu retten, was zu retten übrig bleibt. Genau zu diesem Zeitpunkt wird ein Vorgang bekannt, der die wahren Absichten und Verwaltungsmethoden des Kultusministeriums von Rheinland-Pfalz unzweideutig enthüllt und aufzeigt, in welcher erschreckenden Masse sich in diesem von der CDU beherrschten Land die Seuche der Intoleranz ausbreitet.

Im Herbst 1953 kehrte Herr G. nach achtjähriger Gefangenschaft in seine Heimat nach Schifferstadt in der Pfalz zurück. Im Krieg war er Offizier gewesen und dann acht Jahre von den Russen ohne Verurteilung gefangen gehalten worden. Herr G. ist katholisch und seit 1944 mit einer evangelischen Frau verheiratet. Nach seiner Heimkehr studierte er seit Ostern 1954 ein Semester an der katholischen pädagogischen Akademie in Landau (Pfalz). Er will Lehrer werden. Anfang Oktober aber erhielt er folgendes Schreiben vom Kultusministerium Rheinland-Pfalz:

Landesregierung Rheinland-Pfalz  
Ministerium für Unterricht und Kultus

III/8 Tgb.Nr. 1403

Mainz, den 1.10.54

An Herrn R.G. Schifferstadt

d.d.Herrn Direktor der Päd.Akademie Landau

Betreff: Ihre Anfrage vom 15.9.1954

In der Verfassung von Rheinland-Pfalz heisst es im Artikel 36: "Lehrer kann nur werden, wer die Gewähr dafür bietet, sein Amt als Volkserzieher im Sinne der Grundsätze der Verfassung auszuüben. Die Ausbildung der Lehrer erfolgt in besonderen, nach Bekenntnissen getrennten Lehrerbildungsanstalten, die vom Geist des betreffenden Bekenntnisses durchformt sein müssen.

Damit ist gesagt, dass das Leben des Lehrers im Einklang stehen muss mit seinem Bekenntnis. Als Katholik wussten Sie, und mussten Sie wissen, dass Sie sich durch die Nichtbeachtung der Ehevorschriften der katholischen Kirche von ihr distanzieren haben. Diese Tatsache, die für Ihre Einstellung als Lehrer entscheidend ist, haben Sie uns beim Eintritt

16.10.1954

in die Pädagogische Akademie verschwiegen. Sie nach Kaiserslautern zu überweisen wird wenig Sinn haben, da auch die evangelische Kirche in diesem Punkt heute strenge Maßstäbe anlegt.

Wir haben deshalb nur die Möglichkeit, Sie zwar ggfls. zur Abschlussprüfung zuzulassen, können Sie aber keiner Bezirksregierung in Rheinland-Pfalz zur Anstellung vorschlagen und empfehlen.

Wir stellen Ihnen anheim, sich in einem anderen Bundesland um Einstellung in den Schuldienst zu bemühen.

Im Auftrage: gez. Rothländer L.S."

Herr G. soll also nach Kriegsdienst und achtjähriger Kriegsgefangenschaft in seiner eigenen Heimat auswandern! So sieht die politische Wirklichkeit in Rheinland-Pfalz aus, so wird das Grundgesetz in Rheinland-Pfalz geachtet. Herr G. hat nie verschwiegen, dass seine Frau evangelisch <sup>ist</sup> - er ist überhaupt nie danach gefragt worden. Seine "Schuld" ist bestenfalls, dass er sich in der achtjährigen Leidenszeit in russischer Gefangenschaft nicht gegen die klerikale Intoleranz im Nachkriegsdeutschland gewappnet hat.

Herr G. hat nach dieser niederschmetternden Nachricht auch an das Katechetische Amt der evangelischen Kirche in Rheinhessen geschrieben. Dieses antwortete, dass er durchaus an der evangelischen Akademie in Kaiserslautern studieren könne! Nur für die Erteilung von Religionsunterricht würde er nicht infrage kommen können.

Man kann verstehen, dass eine Religionsgemeinschaft Wert darauf legt, nur diejenigen Lehrer Religionsunterricht erteilen zu lassen, die nach ihren Grundsätzen leben. Wenn aber der Staat dazu übergeht, die Einstellung in den Staatsdienst von den inneren Kirchengesetzen abhängig zu machen und ausserdem einem Spätheimkehrer, der sich wahrscheinlich gar nicht vorstellen kann, wie finster es in bestimmten Ländern dieser Bundesrepublik ist, den Stuhl vor die Tür setzt, dann ist dies das Ende der Toleranz.

---

Verantwortlich: Peter Kaunau

## Kommuniqué des Parteivorstandes

Der Vorstand der SPD befasste sich am Sonnabend vornehmlich mit innenpolitischen Fragen. Im Vordergrund standen Berichte des Landesvorsitzenden der bayerischen Sozialdemokratie, Waldemar von Knöringen, über die Situation im Hinblick auf die am 23. November stattfindenden Wahlen zum bayerischen Landtag, und des Landesvorsitzenden Franz Neumann über die Lage in Berlin vor den dortigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 5. Dezember.

Aus beiden Darstellungen ergab sich, dass die SPD in einer durchaus aussichtsvollen Position im Vergleich zu ihrem schärfsten politischen Konkurrenten steht, in Bayern der CSU, in Berlin der CDU. In Bayern liege das Schwergewicht der Auseinandersetzung auf kulturpolitischem Gebiet, in Berlin stünden die Wiedervereinigung und das Verhältnis von Bonn zu Berlin im Vordergrund.

Der Vorstand der SPD wandte sich gegen die Missachtung des Wahlergebnisses in Schleswig-Holstein, das der SPD die meisten Stimmen gebracht hat. Diese Missachtung sei sowohl bei der Regierungsbildung zutage getreten, wie insbesondere bei der Ablehnung des Kandidaten der stärksten Partei für den Posten des Landtagspräsidenten, die jeder parlamentarischen Gepflogenheit und Loyalität widersprechen. Der Vorstand der SPD sieht in der gegenwärtigen Zusammensetzung der Regierung von Schleswig-Holstein keine Gewähr dafür, dass dem klar zum Ausdruck gekommenen Willen der Wählerschaft nach einer Neuorientierung der Landespolitik Rechnung getragen werde. Er sieht vor allem auch für das deutsch-dänische Verhältnis Gefahren und hält eine Belebung der Politik für notwendig, wie sie in dem seinerzeit unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Diekmann zustande gekommenen Kieler Abkommen festgelegt war. Der Südschleswigsche Wählerverband hat nach Auffassung des sozialdemokratischen Parteivorstandes einen Anspruch auf eine angemessene politische Vertretung im Landtag von Schleswig-Holstein und die sozialdemokratische Landtagsfraktion werde vermutlich die Initiative ergreifen, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

Schliesslich berichtete das Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, Alfred Nau, ausführlich über den Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt/Main.

+ + +

## K o m m u n i q u é

Der Vorstand, der Parteiausschuss und die Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahmen am 16. Oktober 1954 einen Bericht Erich Ollenbauers über die aussenpolitische Lage entgegen. Die leitenden Körperschaften der Sozialdemokratie billigten einmütig die Haltung der Bundestagsfraktion und stellten fest:

Es ist eine positive Folge des Scheiterns der EVG, dass wieder Raum gegeben ist für aussichtsreiche Bemühungen um neue und zuverlässige Formen der weitestmöglichen Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent und darüber hinaus. Besonders auf wirtschaftlichem, handelspolitischem und kulturellem Gebiet müssen die Fundamente für eine gemeinsame Politik zur Sicherung von Freiheit, sozialer Wohlfahrt und Frieden gelegt werden. Wenn aber lediglich der Versuch unternommen würde, militärische Ersatzlösungen anstelle der EVG zustande zu bringen, so wäre dieser Versuch unweigerlich zum Scheitern verurteilt. Er würde die deutsche und europäische Politik nur in eine neue Krise treiben. Die Sozialdemokratie warnt vor einem solchen Versuch.

Die Sozialdemokratie erneuert und unterstreicht ihr Bekenntnis zur europäischen und internationalen Zusammenarbeit der Völker. Sie appelliert an alle, die sich für Frieden und Verständigung einsetzen das deutsche Volk in seinen Bemühungen um die friedliche Wiedervereinigung in Freiheit zu unterstützen. Für den Frieden und die Sicherheit Europas und der Welt ist die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands eine ernste Gefahr. Das Streben nach Entspannung der internationalen Gegensätze erfordert gebieterisch eine Verständigung der Mächte in West und Ost über die Wiedervereinigung Deutschlands und seine Eingliederung in ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen. Der erneute Versuch der Bundesregierung, die Bundesrepublik vorher an eine einseitige Militärallianz zu binden, blockiert die Politik der Wiedervereinigung.

Die leitenden Körperschaften der Sozialdemokratie unterstützen deshalb nachdrücklich die Anstrengungen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Bundestag und Bundesregierung zu neuen Initiativen für eine konsequente Wiedervereinigungspolitik zu bewegen. Es ist für die mit der Londoner Konferenz eingeleitete Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung, dass die Bundesrepublik nichts unterlässt, um eine gemeinsame Politik der freien Länder des Westens mit der Bundesrepublik zur Anbahnung und erfolgreichen Durchführung von Viermächteverhandlungen für die Wiedervereinigung Deutschlands und ein europäisches Sicherheitsabkommen zustande zu bringen.

Die in der Schlussakte der Londoner Konferenz enthaltene Versicherung, dass die Verwirklichung eines völlig freien und geeinten Deutschlands durch friedliche Mittel ein grundlegendes Ziel der Politik der drei westlichen Besatzungsmächte und der Bundesrepublik bleiben werde, muss durch konkrete Richtlinien für eine auf dieses Ziel gerichtete Politik wirksam gemacht werden. Die Sozialdemokratie protestiert deswegen gegen die Verschleppung des von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingebrachten Antrags, der positive Vorschläge für die von der Bundesregierung in den auf die Londoner Konferenz folgenden Verhandlungen zu unternehmenden Schritte enthält.

+ + +